

schen „die Arbeitsplätze wegnehmen“, der folgt Parolen ohne Wahrheitsgehalt und hat als Bürger und Wähler die Pflicht, sich besser zu informieren. Wer den verblasenen Sprüchen folgt, wie jetzt wieder nach dem Weihnachtsmarktattentat von Berlin, die Terroropfer seien „Merkels Tote“, der macht es sich empörend einfach mit der komplexen Welt, die uns umgibt. Und wer schließlich glaubt, der SPIEGEL unterdrücke Artikel und tue dies womöglich auf Geheiß „von oben“, weiß über die Arbeit des SPIEGEL und anderer Medien wirklich nichts, und er erkennt völlig die Grenzen und Möglichkeiten von Regierungsmacht im liberalen Rechtsstaat Deutschland.

Es gehört zum Grundauftrag einer freien Presse, Missstände zu thematisieren und durch Kritik die Verbesserung der Lebensverhältnisse zu befördern – die Wut von Mächtigen, die sich getroffen fühlen, gehört dazu. Und wo die Mächtigen diesen Auftrag gefährden, wo Regierungen gegen Berichterstatte vorgehen wie in Russland, Ägypten oder China (siehe Kästen), geschieht das nicht nur zum Schaden der Medien, sondern zum Schaden der Bürgerrechte im Land.

Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben, unaufgeklärtes Denken auszustellen und zu bekämpfen. Journalismus ist immer auch ein Geschäft der ideologischen Mülltrennung, und hier genau sitzt der – unauflösbare – Konflikt zwischen den seriösen Medien und jenen, die diese Medien als Lügenpresse verunglimpfen. Es geht dabei nicht um einen Streit über die Wahrheit, es geht um etwas völlig anderes: Tatsächlich sollen Redaktionen durch populistischen Druck und Drohgebärden dazu gezwungen werden, den ideologisch aufgeladenen Themen von Rassisten, rechten Ideologen, Pegida-Rednern, intellektuellen Neurechten und sonstigen Verschwörungstheoretikern Raum zu geben. Und man will jene Bürger, die zwischen berechtigten und unberechtigten Sorgen schwanken, auf die falsche Seite ziehen.

III. Der moderne Mensch ist gezwungen, mit vielen Widersprüchen zu leben, und es herrscht das Gefühl vor, die Paradoxien würden immer zahlreicher. So ist die heutige Medienvielfalt dank Internet zwar ungleich größer und die Freiheit der Meinungsäußerung praktisch grenzenlos, es steht aber noch keineswegs fest, ob die Demokratie und unser aller Leben dadurch bereichert werden. In diesen Zeiten wirkt es manchmal so, als redeten zwar alle mit, aber auch ständig aneinander vorbei. Die brutale Konkurrenz auf den digitalen Kanälen macht es zudem wahrscheinlich, dass das Laute und Grelle und bereits Berühmte leichter wahrgenommen werden als das Leise und Kluge und Abseitige. Es ist eine Spirale der Skan-

dalisierung in Gang gekommen, die vielen Mediennutzern heute schlechte Laune macht bis hin zum Verdruss.

Aus jedem Sturm im Wasserglas wird ständig ein globaler Shitstorm, egal ob hier mal ein BH verrutscht, da ein Berühmter stolpert oder sich dort ein Minister verhaspelt. Alles rauscht ungeklärt durchs digitale Kanalsystem neben onanierenden Affen, lustigen Katzen, Bildern von blutverschmierten Kindern aus Aleppo und schicken Himbeertörtchen aus Paris. Heftig und hässlich wird auch Privates unter Privatleuten öffentlich ausgefochten, sodass sich aufs Ganze gesehen manchmal das mulmige Gefühl einstellt, die Digitalisierung unseres Alltags könnte auf Dauer genauso viel Fluch wie Segen bringen. Auf jeden Fall reift die Erkenntnis, dass die sogenannten sozialen Medien auch allem Asozialen eine nie gekannte Bühne bereitet haben.

Der Tübinger Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen sieht uns am Beginn eines Zeitalters der „Empörungsdemokratie“ angelangt. An die Stelle des „Gatekeeping“ durch Journalisten, die Informationen beschaffen, bewerten, auswählen und veröf-

fentlichen, trete ein „permanentes, oft sorglos betriebenes „Gateblowing“, eine mediengetriebene Welt, in der jeder und jede mit einem Videofilmchen, einem Promi-Schnappschuss, einer SMS oder einem Tweet zum Nachrichten- und Skandalproduzenten werden könne. Das kann der Demokratie dienlich sein, wenn inhaltlich brisante Mitschnitte von Politikerauftritten oder Schüsse von Polizisten auf Bürger öffentlich werden. Es kann belanglos sein, wenn nur irgendein neuer „Erregungsvorschlag“ gemacht wird, wie Bernhard Pörksen das nennt. Und es kann äußerst schädlich sein, wenn ahnungslose Leute glauben, sie müssten oder sollten Bilder von Unfallopfern veröffentlichen, die gerade irgendwo in einem Straßengraben verbluten.

Sagen wir es so: Es wird gerade klar, dass das Heilsversprechen, mit dem die Pioniere des Internets einst antraten, nicht gehalten werden kann. Es wird, im Gegenteil, deutlich, dass das Web nicht ins demokratische Bürgerparadies überall auf Erden führt, in dem sich alle Menschen gleichberechtigt am herrschaftsfreien Diskurs beteiligen können.

Pressefreiheit in Gefahr Korrespondent *Christian Esch* aus Russland

Arbeit unter Lebensgefahr

Vor einem Jahrzehnt wurde Anna Politkowskaja im Aufzug ihres Moskauer Wohnhauses erschossen. Es ist bis heute der bekannteste unter den vielen Journalistenmorden in Russland. Auf welche Hindernisse die Aufklärung stößt, davon konnte ich mich 2009 in einem Moskauer Gerichtssaal überzeugen. Der Auftraggeber war nicht ermittelt worden, die vier Tatverdächtigen kamen wegen schlampiger Arbeit der Staatsanwälte vorerst frei. In einer Pause aß ich zu Mittag mit Luke Harding vom „Guardian“ und einer engen

Freundin Politkowskajas, der Menschenrechtlerin Natalja Estemirowa. Wir sprachen über die Absurdität des Prozesses.

Ich denke an dieses Treffen zurück, weil Estemirowa im selben Jahr ermordet wurde – eine weitere Kritikerin des tschechenischen Regimes, die Einzige, die Journalisten aus Grosny noch mit Informationen versorgte. Und Harding musste Moskau 2011 verlassen, nach vielen Nachstellungen des FSB. Das ist das Umfeld, in dem sich russische Journalisten bewegen. Zwar sind in Russland weniger Journalisten in Haft als in der Türkei, ist das Internet nicht abgeschottet wie in China. Aber wer sich als Journalist mit dem Nordkaukasus und der Gewaltherrschaft in Tschetschenien beschäftigt, begibt sich in Lebensgefahr. Auch wer in der Provinz arbeitet, braucht Mut. Wir ausländischen Korrespondenten dagegen sind privilegiert. Uns droht nur eine Einreisesperre. Aber die Arbeit ist über die Jahre nicht einfacher geworden. Seit den Massenprotesten gegen Wladimir Putins Rückkehr in den Kreml sind die Freiräume enger geworden, seit der Ukraine-Krise ist der Ton schärfer. Und der Kreml baut seinen Propagandaapparat aus und spricht vom „Informationskrieg“ mit dem Westen.



Moskau-Korrespondent Esch

ANNE MORGENSTERN / DER SPIEGEL